
2000**Ausgegeben zu Bonn am 21. Januar 2000****Nr. 3**

Tag	Inhalt	Seite
15. 1. 2000	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen GESTA: XE002	46
24. 9. 1999	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge	58
9. 12. 1999	Bekanntmachung der deutsch-nepalesischen Vereinbarung zur Änderung von Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit	64
9. 12. 1999	Bekanntmachung der deutsch-srilankischen Vereinbarung zur Änderung der deutsch-srilankischen Abkommen vom 9. Mai 1980 und vom 16. Mai 1997 über Finanzielle Zusammenarbeit	65
12. 12. 1999	Bekanntmachung des deutsch-ugandischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	66

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

- FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern
(Fundstellennachweis A „Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen“, abgeschlossen zum 31. Dezember des vorangegangenen Jahres, zu beziehen von der Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn, oder durch den Buchhandel),
- GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer
(Loseblattsammlung für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, zu beziehen von der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Postfach 6 10, 76484 Baden-Baden, oder durch den Buchhandel).
-

Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. Dezember 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Armenien
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 15. Januar 2000

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Eriwan am 21. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Januar 2000

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Armenien –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Armenien: Armenier im Sinne der Verfassung der Republik Armenien und des jeweils geltenden Staatsangehörigkeitsgesetzes;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheits-

gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,

- b) in bezug auf die Republik Armenien: juristische Personen und Unternehmen, die den Status einer juristischen Person besitzen, die der Gesetzgebung der Republik Armenien gemäß gegründet sind und sich im Hoheitsgebiet der Republik Armenien befinden.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die aufgrund dieses Artikels zu gewährende Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung,

Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder kann auch er aus einem anderen Grund dieser Tätigkeit nicht nachkommen, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkom-

mens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Artikel 14

Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien außer Kraft.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Armenien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Eriwan am 21. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und armenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Republik Armenien
Papasian

Պ Ա Յ Մ Ա Ն Ա Գ Ի Ր

**Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության
և Հայաստանի Հանրապետության միջև կապիտալ
ներդրումների խրախուսման ու փոխադարձ պաշտպանության մասին**

Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետությունը

ու

Հայաստանի Հանրապետությունը,

կամենալով խորացնել երկու պետությունների տնտեսական համագործակցությունը,

ձգտելով բարենպաստ պայմաններ ստեղծել մի պետության քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները մյուս պետության տարածքում իրականացնելու համար,

գիտակցելով, որ այդ կապիտալ ներդրումների իրականացմանն աջակցելն ու դրանց պայմանագրային պաշտպանությունը կարող են աշխուժացնել մասնավոր տնտեսական նախաձեռնությունն ու բազմապատկել երկու ժողովուրդների բարեկեցությունը,

պայմանավորվեցին ներքոհիշյալի մասին.

ՀՈՂՎԱԾ 1

Սույն Պայմանագրի նպատակների համար

1. «Կապիտալ ներդրումներ» հասակացությունն ընդգրկում է գույքային արժեքների բոլոր տեսակները, մասնավորապես
 - ա/ շարժական և անշարժ իրերի սեփականությունը, ինչպես նաև մյուս գույքային իրավունքները, ինչպիսիք են իպոտեկային իրավունքները և գրավադրման իրավունքները,
 - բ/ ընկերություններում մասնեբաժնային մասնակցության և մասնակցության մյուս ձևերի նկատմամբ իրավունքները,
 - գ/ տնտեսական արժեքների ստեղծման համար օգտագործված դրամական միջոցների վերաբերյալ կամ տնտեսական արժեք ունեցող ծառայությունների վերաբերյալ պահանջների իրավունքը,
 - դ/ մտավոր սեփականության իրավունքները, ինչպիսիք են, մասնավորապես հեղինակային իրավունքները արտոնագրերը, տեխնոլոգիան «Նոու Հաուս» և «գուղվիլը», գրանցված ֆիրմաների նմուշները, անվանումները, արդյունաբերական նմուշները ու մոդելները, ապրանքանիշերը, արտադրական գաղտնիքները,
 - ե/ իրավահավասարական կոնցեսիաները, ներառյալ բնական պաշարների հետախուզումն ու արդյունահանումը.

գույքային արժեքների ներդրման տեսակի փոփոխությունը չի շոշափում դրանց հատկությունը որպես կապիտալ ներդրումի,
2. «Եկամուտներ» տերմինը նշանակում է կապիտալ ներդրման շնորհիվ որոշակի ժամանակամիջոցում ստացվող գումարները, ինչպիսիսք են շահույթի մասը, դիվիդենդները, տոկոսները, լիցենզիային կամ այլ վարձավարություններ,
3. «Քաղաքացիներ» տերմինը նշանակում է
 - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության նկատմամբ. գերմանացիներ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության հիմնական օրենքին համապատասխան:
 - բ/ Հայաստանի Հանրապետության նկատմամբ. Հայաստանի Հանրապետության Սահմանադրության և գործող օրենսդրության համապատասխան Հայաստանի Հանրապետության քաղաքացի հանդիսացող ֆիզիկական անձինք:
4. «Ընկերություններ» տերմինը նշանակում է
 - ա/ Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության նկատմամբ. ցանկացած իրավաբանական անձ կամ առևտրային ընկերություն, այլ ընկերություններ կամ միավորումներ իրավաբանական անձի իրավունքով կամ առանց դրա. Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության տարածքում գտնվելու տեղով, անկախ այն բանից դրանց գործունեությունն ուղղված է շահույթ ստանալուն, թե ոչ:

բ/ Հայաստանի Հանրապետության նկատմամբ, իրավաբանական անձինք և իրավաբանական անձի կարգավիճակ ունեցող ձեռնարկություններ, որոնք ստեղծված են Հայաստանի Հանրապետության օրենսդրությանը համապատասխան և գտնվում են Հայաստանի Հանրապետության տարածքում:

ՀՈՂՎԱԾ 2

1. Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը հնարավորությունների սահմաններում խրախուսելու է մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները և այդ կապիտալ ներդրումները թույլատրելու է, իր օրենսդրությանը համապատասխան: Այն յուրաքանչյուր դեպքում, կապիտալ ներդրումների հետ վարվելու է ամենայն արդարամտությամբ:

2. Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկն իր տարածքում կամայական կամ խտրական միջոցներ ձեռնարկելով ոչ մի կերպ չի սահմանափակելու մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումների կառավարումն ու տնօրինումը, ինչպես նաև դրանց կիրառումն ու օգտագործումը:

ՀՈՂՎԱԾ 3

1/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրն իր տարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների սեփականությունը հանդիսացող կամ նրանց ազդեցության տակ գտնվող կապիտալ ներդրումների նկատմամբ ապահովում է ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ /ռեժիմ/, քան սեփական քաղաքացիների և ընկերությունների կապիտալ ներդրումների կամ երրորդ պետությունների քաղաքացիների և ընկերությունների կապիտալ ներդրումների նկատմամբ:

2/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրն իր տարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների նկատմամբ ապահովում է կապիտալ ներդրումների կապեցությամբ նրանց գործունեությանը վերաբերող հարցում ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ, քան սեփական քաղաքացիների կամ ընկերությունների կամ էլ երրորդ պետությունների քաղաքացիների և ընկերությունների նկատմամբ:

3/ Այդ գործելակարգը չի վերաբերում այն արտոնություններին, որ մի Պայմանավորվող կողմը տրամադրում է երրորդ պետությունների քաղաքացիներին կամ ընկերություններին մաքսային կամ տնտեսական միությունը ընդհանուր շուկային կամ ազատ առևտրի գոտուն նրանց անդամակցությանը կամ դրանց հետ գույքակցության հիման վրա:

4/ Սույն հոդվածին համապատասխան տրամադրվող գործելակարգը չի վերաբերում այն արտոնություններին, որ մի Պայմանավորվող կողմը տրամադրում է երրորդ պետությունների քաղաքացիներին կամ ընկերություններին կրկնակի հարկումից խուսափելու վերաբերյալ համաձայնագրի կամ հարկային հարցերի վերաբերյալ այլ պայմանավորվածությունների հիման վրա:

ՀՈՂՎԱԾ 4

1/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում օգտվում են լիակատար պաշտպանությունից և լիակատար անվտանգությունից:

2/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները բռնագրավման, պետականացման կամ ներգործությամբ բռնագրավմանը կամ պետականացմանը հավասարեցված այլ միջոցառումների մյուս Պայմանավորվող կողմի տարածքում կարող են ենթարկվել միայն հասարակական շահերից ելնելով և փոխհատուցում վճարելով: Փոխհատուցումը պետք է համապատասխանի բռնագրավման, պետականացման փաստորեն իրականացված կամ իրականացվելիք միջոցառումների կամ համանման հետևանքներով միջոցառումների պաշտոնական ծանուցմանը անմիջականորեն նախորդող պահին բռնագրավված կապիտալ ներդրման արժեքին: Փոխհատուցումը պետք է վճարվի անհապաղ և մինչև դրանք վճարելու պահը փոխհատուցման գումարի վրա բանկային տոկոսներ են գալիս գործող տոկոսային դրույքին համապատասխան. այն պետք է լինի գործնականորեն օգտագործելի և ազատ փոխադրելի: Բռնագրավման, ազգայնացման կամ իր բնույթով համանման միջոցառման իրականացման պահից ոչ ուշ պետք է համապատասխան ձևով հոգ տարվի փոխհատուցման չափը որոշելու և վճարելու համար: Պետք է նախատեսվի բռնագրավման, ազգայնացման կամ իր բնույթով համանման միջոցառման իրականացման օրինականությունը, ինչպես նաև փոխհատուցման չափը դատական կարգով քննության առնելու հնարավորությունը:

3/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիներին կամ ընկերություններին որոնց կապիտալ ներդրումներին մյուս Պայմանավորվող կողմ տարածքում վնաս է հասցրել պատերազմի կամ այլ զինված ընդհարումների, հեղափոխության, արտակարգ դրության կամ խռովության հետևանքով, այս Պայմանավորվող կողմը պետք է վնասների հատուցման, հրաժարագումարների փոխհատուցման կամ այլ վարձատրուցումների նկատմամբ ոչ պակաս բարենպաստ գործելակարգ տրամադրի, քան իր սեփական քաղաքացիների կամ ընկերություններին: Այդ վճարումները պետք է ազատ փոխադրելի լինեն:

4/ Մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիները կամ ընկերությունները մյուս Պայմանավորվող կողմի փարածքում օգտվում են սույն հոդվածով կարգավորող հարցերի նկատմամբ առավել բարենպաստման գործելակարգից:

ՀՈՂՎԱԾ 5

Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիներին կամ ընկերություններին երաշխավորում է կապիտալ ներդրումների հետ կապված վճարումների ազատ փոխադրում մասնավորապես՝

- ա/ կապիտալի և կապիտալ ներդրումների ծավալը պահպանելու կամ ավելացնելու համար լրացուցիչ գումարների,
- բ/ եկամուտների,
- գ/ փոխառությունների մարման համար վճարվող գումարների,
- դ/ կապիտալ ներդրումների լրիվ կամ մասնակի վերացման կամ օտարման դեպքում առաջացող հասույթի,
- ե/ սույն Պայմանագրի 4-րդ հոդվածում նախատեսված փոխհատուցումների:

ՀՈՂՎԱԾ 6

Եթե Պայմանագրվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանագրվող կողմի փարածքում կապիտալ ներդրման երաշխիքի հիման վրա գումարներ է վճարում իր քաղաքացիներին կամ ընկերություններին, ապա այդ մյուս Պայմանագրվող կողմը, առանց առաջին Պայմանագրվող կողմի սույն Պայմանագրի 10 հոդվածից բխող իրավունքները խախտելու /օրենքի կամ գործարքի հիման վրա/ ճանաչելու է այդ քաղաքացիների կամ ընկերությունների բոլոր իրավունքների ու պահանջների հանձնումը առաջին Պայմանավորվող կողմին: Բացի դրանից, մյուս Պայմանավորվող կողմը ճանաչում է առաջին Պայմանավորվող կողմի՝ այդ բոլոր իրավունքների կամ պահանջների /հանձնված իրավունքների/ տնօրինմանը, որպիսիք առաջին Պայմանավորվող կողմը իրավասու է իրականացնելու սույն ծավալով, ինչ իրավանախորդը: Պահանջի հանձնված իրավունքների հիման վրա իրականացվող վճարների փոխանցման նկատմամբ համապատասխանաբար գործում են սույն Պայմանագրի 4 հոդվածի 2 և 3 պարբերությունները ինչպես նաև 5 հոդվածը:

ՀՈՂՎԱԾ 7

- 1/ 4 հոդվածի 2 կամ 3 պարբերություններում, ինչպես նաև 5 կամ 6 հոդվածներում նշված վճարների փոխանցումները իրականացվում են անհապաղ, ըստ փվյալ պահին գործող կուրսի:
- 2/ Այդ կուրսը պետք է համապատասխանի հաշվարկային կուրսերից այն բխող համարեղված կուրսին, որոնք միջազգային փարադրամային ֆոնդը հիմք կընդուներ համապատասխան փարադրամների միջազգային վճարումների վերահաշվարկման համար /special drawing rights/ վճարումների իրականացման պահին:

ՀՈՂՎԱԾ 8

- 1/ Եթե մի Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությունից կամ Պայմանավորվող կողմերի միջև սույն Պայմանագրի հետ միաժամանակ կամ հետագայում գոյացող միջազգային-իրավական պարտավորություններից բխում է մի ընդհանուր կամ հատուկ դրույթ, ըստ որի մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումները առավել բարենպաստ գործելակարգից պիտի օգտվեն, քան նախատեսվում է սույն Պայմանագրով, ապա այդպիսի դրույթը առավելություն կունենա սույն Պայմանագրի դրույթների նկատմամբ, քանի որ առավել բարենպաստ է:
- 2/ Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը պահպանելու է ամեն մի այլ պարտավորություն, որ նա սրանձնել է մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կապիտալ ներդրումներ նկատմամբ իր փարածքում:

ՀՈՂՎԱԾ 9

Սույն Պայմանագիրը վերաբերում է նաև այն կապիտալ ներդրումներին, որոնք իրականացրել են մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիները կամ ընկերությունները մյուս Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությանը համապատասխան նրա փարածքում դեռևս մինչև սույն Պայմանագրի ուժի մեջ մտնելը:

ՀՈՂՎԱԾ 10

- 1/ Սույն Պայմանագրի մեկնաբանման կամ կիրարկման, առնչությամբ Պայմանավորվող կողմերի միջև ծագած փարաձայնությունները, ըստ հնարավորության պետք է հարթվեն երկու Պայմանավորվող կողմերի կառավարությունների կողմից:
- 2/ Եթե այդ եղանակով փարաձայնությունները չեն կարող հարթվել, ապա Պայմանավորվող կողմերից մեկի պահանջով այն հանձնվում է միջնորդական դատարանին:

3/ Միջնորդական դադարանը ստեղծվում է յուրաքանչյուր կոնկրետ դեպքի համար, ընդվորում յուրաքանչյուր Պայմանավորվող կողմ նշանակում է միջնորդական դադարանի մեկ անդամ, և միջնորդական դադարանի երկու անդամները միասին պայմանավորվում են երրորդ պետության քաղաքացու թեկնացության մասին, որին երկու Պայմանավորվող կողմերի կառավարությունները նշանակում են միջնորդական դադարանի նախագահ: Միջնորդական դադարանի անդամները պետք է նշանակվեն երկու ամսվա ընթացքում, իսկ միջնորդական դադարանի նախագահը՝ երեք ամսվա ընթացքում սկսած այն պահից, երբ Պայմանավորվող կողմերից մեկը մյուս Պայմանավորվող կողմին կհայտնի փարակարծությունը միջնորդական դադարանի վճռին հանձնելու իր մտադրության մասին:

4/ Եթե սույն հոդվածի 3-րդ պարբերությունում նշված ժամկետները չպահպանվեն, ապա այլ պայմանավորվածության բացակայության դեպքում Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կարող է անհրաժեշտ նշանակումներն իրականացնելու նպատակով դիմել ՄԱԿ-ի միջազգային դադարանի նախագահին: Եթե նախագահը Պայմանավորվող կողմերից մեկի քաղաքացիություն ունի կամ մեկ ուրիշ պարճառ նրան խանգարում է իրականացնելու այդ գործունեությունը, ապա նշանակումները կկատարի փոխնախագահը: Եթե փոխնախագահը ևս Պայմանավորվող կողմերից մեկի քաղաքացիություն ունի կամ որևէ այլ պարճառով չի կարող նշանակումներ կատարել, ապա նշանակումները կկատարի Միջազգային դադարանի ըստ աստիճանի հաջորդ անդամը որը Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկի քաղաքացիություն չունի:

5 /Միջնորդական դադարանն իր վճիռը կայացնում է ձայների մեծամասնությամբ: Նրա վճիռները պարտադիր ուժ ունեն: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը կրում է միջնորդական դադարանի իր նշանակված անդամի գործունեության, ինչպես նաև դադական գործընթացում իր ներկայացուցչության հետ կապված ծախսերը: Միջնորդական դադարանի նախագահի գործունեության հետ կապված ծախսերի, ինչպես նաև մյուս ծախսերը Պայմանավորվող կողմերը կրում են հավասարապես: Միջնորդական դադարանը կարող է ծախսերի կարգավորման վերաբերյալ այլ որոշում ընդունել: Մնացած բոլոր հարցերում միջնորդական դադարանը իր աշխարակարգը որոշում է ինքնուրույն:

6/ Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պետությունների և այլ պետությունների քաղաքացիների միջև վեճերի կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են հանդիսանում, ապա տվյալ կոնվենցիայի 27 հոդվածի 1 պարբերության դրույթները հաշվի առնելով, սույն հոդվածում հիշարակված միջնորդական դադարանին դիմել հնարավոր չէ, եթե մի Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության և մյուս Պայմանավորվող կողմի միջև պայմանավորվածություն է ձեռք բերվել Կոնվենցիայի 25 հոդվածին համապատասխան: Դրանով չի շոշովվում Սույն հոդվածում հիշարակված միջնորդական դադարանին դիմելու հնարավորությունը հիշյալ Կոնվենցիային /հոդված 27/ համապատասխան գործող միջնորդական դադարանի վճիռը չհարգելու դեպքում կամ օրենքի կամ գործարքի հիման վրա իրավունքը փոխանցելու դեպքում /սույն Պայմանագրի 6 հոդվածի համաձայն/:

ՀՈՂՎԱԾ 11

1/ Մի Պայմանավորվող կողմի և մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության միջև կապիտալ ներդրումների առնչությամբ փարակարծությունները ըստ հնարավորին պետք է կողմերը կարգավորեն փոխադարձ համաձայնությամբ:

2/ Եթե վեճը չի կարող կարգավորել կողմերից մեկի այդ մասին հայտարարելու պահից սկսված վեջ անսվա ընթացքում, ապա մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացու կամ ընկերության պահանջով այն հանձնվում է միջնորդական դադարանի վճռին: Եթե վիճաբանության կողմերը մեկ այլ համաձայնության չեն գալիս, ապա պետք է սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3-5 պարբերությունները համապատասխանաբար կիրառել այն պայմանով, որ միջնորդական դադարանի անդամների նշանակումը վիճաբանության կողմերն իրականացնեն սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3 պարբերությանը համապատասխան, և որ կողմերից յուրաքանչյուրը սույն Պայմանագրի 10 հոդվածի 3 պարբերությունում նշված ժամկետը չպահպանելու և այլ պայմանավորվածության բացակայության, դեպքում կարող է դիմել Փարիզում Միջազգային առևտրաարդյունաբերական պայտի միջնորդական դադարանի նախագահին՝ խնդրելով կատարել անհրաժեշտ նշանակումները: Միջնորդական դադարանի որոշումը ի կատար է ածվում ազգային օրենսդրությանը համապատասխան:

3/ Միջնորդական դադարանության կամ միջնորդական դադարանի որոշման կատարման ժամանակ վիճաբանությանը մասնակցող Պայմանավորվող կողմը որպես առարկություն չի կարող ներկայացնել այն փաստը, որ մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացին կամ ընկերությունը կրած վնասի համար մասնակի կամ լրիվ փոխհատուցում է ստացել ապահովագրության հիմունքով:

4/ Եթե երկու Պայմանավորվող կողմերը նաև կապիտալ ներդրումների վերաբերյալ պետությունների և այլ պետությունների քաղաքացիների միջև վեճերի կարգավորման 1965 թ. մարտի 18-ի Կոնվենցիայի մասնակից պետություններ են դարձել, ապա վիճաբանության կողմերի միջև առկա փարաձայնությունները ըստ սույն հոդվածի քննության է առնում վերոհիշյալ կոնվենցիայի շրջանակում գործող միջնորդական դադարանը, բացառությամբ այն դեպքերի, որոնց նկատմամբ վիճաբանության կողմերը այլ ընթացակարգի մասին են պայմանավորվում: Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրը սույնով իր համաձայնությունն է փալիս այդպիսի կարգին:

ՀՈՒՎԱԾ 12

Սույն Պայմանագիրը գործում է անկախ այն բանից, թե երկու Պայմանավորվող կողմերի միջև դիվանագիտական կամ հյուպատոսական հարաբերություններ գոյություն ունեն, թե ոչ:

ՀՈՒՎԱԾ 13

1/ Սույն Պայմանագիրը ենթակա է վավերացման, վավերագրերի փոխանակումը կկատարվի հնարավորին չափ սեղմ ժամկետում:

2/ Սույն Պայմանագիրը ուժի մեջ կմտնի վավերագրերի փոխանակումից հետո մեկ ամիս անց: Այն գործելու է փաստ փարի: Եթե պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը սույն Պայմանագիրը գրավոր չեղյալ չհայտարարի դրա գործողության ժամկետը լրանալուց փաստերկու ամիս առաջ, սույն Պայմանագիրը կերկարացվի անսահմանափակ ժամկետով:

3/ Մինչև սույն պայմանագրի գործողության դադարեցման պահին իրականացված կապիտալ ներդրումների նկատմամբ 1-12 հոդվածների դրույթները ուժի մեջ կմնան Պայմանագրի գործողությունները դադարեցման օրվանից հետագա քսան փարիների ընթացքում:

ՀՈՒՎԱԾ 14

Սույն Պայմանագրի ուժի մեջ մտնելու պահից սկսված Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև դադարում է գործել Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Խորհրդային Միության միջև 1989 թ. հունիսի 13-ի կապիտալ ներդրումների փոխադարձ պաշտպանության և խրախուսման մասին պայմանագիրը:

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 21 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից, յուրաքանչյուրը գերմաներենով և հայերենով, ընդ որում երկու տեքստն էլ հավասարազոր են:

ԳԵՐՄԱՆԻԱՅԻ ԴԱՇՆԱԿՑԱՅԻՆ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Կինկել

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Փափազյան

ԱՐՁԱՆԱԳՐՈՒԹՅՈՒՆ

Կապիտալ ներդրումների խրախուսման ու փոխադարձ պաշտպանության մասին Գերմանիայի Դաշնակցային Հանրապետության և Հայաստանի Հանրապետության միջև պայմանագիրը ստորագրելիս ներքոստորագրյալ լիազորները նաև պայմանավորվեցին Պայմանագրի բաղկացուցիչ մասը հանդիսացող հետևյալ դրույթների շուրջը:

1/1/ ՀՈՒՎԱԾ 1-ի համար

ա/ Կապիտալ ներդրումից ստացված շահույթը և այն կրկին ներդնելու դեպքում դրանից ստացված շահույթները օգտվում են կապիտալ ներդրման համար նախատեսված հավասար պաշտպանությունից:

բ/ Քաղաքացիությունը որոշելու այլ կարգից անկախ, Պայմանավորվող կողմի քաղաքացի, մասնավորապես, համարվում է ամեն մի անձնավորություն, որն ունի համապատասխան Պայմանավորվող կողմի իրավասու մարմինների կողմից արված ազգային անձնագիր:

1/2/ ՀՈՒՎԱԾ 2-ի համար

ա/ Մի Պայմանավորվող կողմի օրենսդրությանը համապատասխան՝ նրա փարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի քաղաքացիների կամ ընկերությունների կողմից կատարված կապիտալ ներդրումները օգտվում են սույն Պայմանագրի լիակատար պաշտպանությունից:

բ/ Սույն Պայմանագիրը գործում է նաև արտոնյալ տնտեսական գոտու և մայրցամաքային ծանծաղուրդի փարածքում, որքանով միջազգային իրավունքը համապատասխան Պայմանավորվող կողմին թույլ է տալիս ինքնիշխան իրավունքներ կամ լիազորություններ իրականացնել այդ փարածքներում:

1/3/ ՀՈՒՎԱԾ 3-ի համար

ա/ Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի 2-պարբերության իմաստով որպես «գործունեություն» պետք է համարել, մասնավորապես, բայց ոչ բացառապես, կապիտալ ներդրման ղեկավարումն ու տնօրինումը, ինչպես նաև դրա կիրառումը և օգտագործումը: Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի իմաստով որպես «պակաս բարենպաստ» գործելակարգ պետք է, մասնավորապես, դիտել փարբեր մոտեցումը հումքի և օժանդակ նյութերի, էներգիայի ու վառելիքի, ինչպես նաև արտադրության միջոցների ու արտադրական նյութերի բոլոր տեսակների ստացման սահմանափակման դեպքում, փարբեր մոտեցում, երկրի ներսում և արտասահմանում արտադրանքի վաճառքի խոչընդոտման դեպքում, ինչպես նաև համանման հետևանքներով մյուս միջոցառումները: Ի շահ հասարակական անվտանգության և հասարակական կարգի, ժողովրդի առողջության պահպանման կամ բարոյականության ձեռնարկվող միջոցները սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի իմաստով, «պակաս բարենպաստ» գործելակարգ չեն համարվում:

բ/ Սույն Պայմանագրի 3-րդ հոդվածի դրույթները Պայմանավորվող կողմին չեն պարտավորեցնում հարկային արտոնությունները, ազատումները ու զեղչերը որ փարածքում են հարկային օրենսդրությանը համապատասխան միայն իր փարածքում բնակվող կամ գտնվող ֆիզիկական անձանց կամ ընկերություններին, փարածքում մյուս Պայմանավորվող կողմի փարածքում բնակվող կամ գտնվող ֆիզիկական անձանց կամ ընկերություններին վրա:

գ/ Պայմանավորվող կողմերը ազգային օրենսդրության շրջանակներում, բարյացակամորեն կքննեն մի Պայմանավորվող կողմի այն անձանց մուտք գործելու և գտնվելու հայտերը, որոնք կապիտալի ներդրման կապակցությամբ մտադիր են գալ մյուս Պայմանավորվող կողմի փարածք. փյալ դրույթը փարածքում է նաև մի Պայմանավորվող կողմի աշխատավորների վրա, որոնք կապիտալ ներդրման կապակցությամբ մտադիր են գալ մյուս Պայմանավորվող կողմի փարածքը և այնպեղ գտնվել աշխատանքային գործունեություն ծավալելու նպատակով: Բարյացակամորեն կքննվեն նաև աշխատանքի թույլտվության ստանալու հայտերը:

1/4/ ՀՈՒՎԱԾ 4-ի համար

Փոխհատուցում պահանջելու իրավունք գոյություն ունի նաև այն դեպքերում, եթե պետությունն իր միջոցառումներով միջամտում է կապիտալ ներդրման առարկա հանդիսանող ձեռնարկմանը և դրանով իսկ էական տնտեսական վնաս հասցնում նրան:

1/5/ ՀՈՒՎԱԾ 7-ի համար

Փոխանցումը սույն Պայմանագրի 7 հոդվածի առաջին պարբերության իմաստով «անհապաղ» կատարված է համարվում այն դեպքում, եթե կատարվում է այն ժամկետի սահմաններում, որը սովորաբար պահանջվում է փոխանցումն իրականացնելու ձևակերպումները պահպանելու համար: Ժամկետը սկսվում է համապատասխան հայրը ներկայացնելու պահից և ոչ մի պարագայում չի կարող գերազանցել երկու ամիս ժամկետը:

/6/ Կապիտալ ներդրման կապակցությամբ բեռների և մարդկանց փոխադրման ժամանակ Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը չի արգելի և չի խանգարի մյուս Պայմանավորվող կողմի փրանսպորտային ձեռնարկություններին կապարելու փրանսպորտային գործողություններ և, անհրաժեշտության դեպքում այդ փոխադրումները կապարելու թույլտվություն կրա: Հիշյալ փոխադրումներին են վերաբերվում,

ա/ սույն Պայմանագրի իմաստով անմիջականորեն կապիտալ ներդրումների համար նախատեսված բեռների կամ Պայմանավորվող կողմերից մեկի կամ երրորդ պետության փարածքում որևէ ձեռնարկության կողմից կամ որևէ ձեռնարկության պարվերով ձեռք բերվող բեռների փոխադրումները, որոնցում սույն Պայմանագրի իմաստով, գույքային արժեքներ են ներդրված,

բ/ այն անձանց փոխադրումները, որոնք կապիտալի ներդրման կապակցությամբ գործուղման մեջ են գտնվում:

Կնքված է 1995 թվականի դեկտեմբերի 21 -ին Երևան քաղաքում, երկու բնօրինակից, յուրաքանչյուրը գերմաներենով և հայերենով, ընդ որում երկու տեքստն էլ հավասարազոր են:

ԳԵՐՄԱՆԻԱՅԻ ԴԱՇՆԱԿՑԱՅԻՆ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Կինկե

ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԿՈՂՄԻՑ
Փափազյան

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge
Vom 24. September 1999**

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (BGBl. 1985 II S. 926) ist nach seinem Artikel 84 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

China am 3. Oktober 1997
nach Maßgabe des nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
angebrachten Vorbehalts und der gleichzeitig abgegebenen Erklärung:

(Übersetzung)

- | | |
|--|---|
| <p>“(Courtesy Translation) (Original: Chinese)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. The People’s Republic of China makes its reservation to article 66 of the said Convention. 2. The signature to the said Convention by the Taiwan authorities on 27 April 1970 in the name of ‘China’ is illegal and therefore null and void.” | <p>„(Höflichkeitsübersetzung) (Original: Chinesisch)</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Volksrepublik China bringt zu Artikel 66 des genannten Übereinkommens einen Vorbehalt an. 2. Die Unterzeichnung des genannten Übereinkommens durch die Behörden Taiwans am 27. April 1970 im Namen ‚Chinas‘ ist rechtswidrig und somit nichtig.“ |
|--|---|

Guatemala am 20. August 1997
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde
angebrachten Vorbehalte:

(Übersetzung)

- | | |
|--|---|
| <p>“(Translation) (Original: Spanish)</p> <ol style="list-style-type: none"> (a) The Republic of Guatemala formally confirms reservations I and III which it formulated upon signing the Vienna Convention on the Law of Treaties, to the effect, respectively, that Guatemala could not accept any provision of the Convention which would prejudice its rights and its claim to the territory of Belize and that it would apply the provision contained in article 38 of the Convention only in cases where it considered that it was in the national interest to do so; (b) With respect to reservation II, which was formulated on the same occasion and which indicated that the Republic of Guatemala would not apply articles 11, 12, 25 and 66 of the Vienna Convention on the Law of Treaties insofar as they were contrary to the Constitution, Guatemala states: <ol style="list-style-type: none"> (b) I) That it confirms the reservation with respect to the non-application of articles 25 and 66 of the Convention, insofar as both are incompatible with provisions of the Political Constitution currently in force; | <p>„(Übersetzung) (Original: Spanisch)</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Die Republik Guatemala bestätigt förmlich die von ihr bei der Unterzeichnung des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge jeweils dahin gehend angebrachten Vorbehalte I und III, dass Guatemala keine Bestimmung des Übereinkommens annehmen kann, die seine Rechte und seinen Anspruch auf das Hoheitsgebiet von Belize beeinträchtigen würde, und dass es Artikel 38 des Übereinkommens nur in den Fällen anwenden wird, in denen es die Auffassung vertritt, dass dies im nationalen Interesse liegt; b) in Hinblick auf den bei derselben Gelegenheit angebrachten Vorbehalt II, der darauf hinweist, dass die Republik Guatemala die Artikel 11, 12, 25 und 66 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge insoweit nicht anwendet, wie sie der Verfassung Guatemalas widersprechen, erklärt Guatemala, <ol style="list-style-type: none"> b) I) dass es den Vorbehalt bezüglich der Nichtanwendung der Artikel 25 und 66 des Übereinkommens insoweit bestätigt, als beide mit der derzeit geltenden Staatsverfassung unvereinbar sind; |
|--|---|

(b) (II) That it also confirms the reservation with respect to the non-application of articles 11 and 12 of the Convention.

Guatemala's consent to be bound by a treaty is subject to compliance with the requirements and procedures established in its Political Constitution. For Guatemala, the signature or initialling of a treaty by its representative is always understood to be ad referendum and subject, in either case, to confirmation by its Government.

(c) A reservation is hereby formulated with respect to article 27 of the Convention, to the effect that the article is understood to refer to the provisions of the secondary legislation of Guatemala and not to those of its Political Constitution, which take precedence over any law or treaty."

b) II) dass es ferner den Vorbehalt bezüglich der Nichtanwendung der Artikel 11 und 12 des Übereinkommens bestätigt.

Guatemalas Zustimmung, durch einen Vertrag gebunden zu sein, wird vorbehaltlich der Einhaltung der in seiner Staatsverfassung festgelegten Erfordernisse und Verfahren erteilt. Für Guatemala ist die Unterzeichnung oder Paraphierung eines Vertrags durch seinen Vertreter immer ad referendum zu verstehen und erfolgt in jedem Fall vorbehaltlich der Bestätigung durch seine Regierung.

c) Hiermit wird ein Vorbehalt zu Artikel 27 des Übereinkommens des Inhalts angebracht, dass der Artikel dahin gehend verstanden wird, dass er sich auf die abgeleiteten Rechtsvorschriften Guatemalas bezieht und nicht auf diejenigen seiner Staatsverfassung, die Vorrang vor jedem Gesetz oder Vertrag haben."

II.

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 8. Juli 1999 notifiziert, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger des ehemaligen Jugoslawien mit Wirkung vom 17. November 1991, dem Tag der Erlangung ihrer Unabhängigkeit, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Folgende Staaten haben jeweils Einspruch gegen die bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde von Guatemala angebrachten Vorbehalte notifiziert:

Belgien am 30. September 1998:

(Übersetzung)

«Les réserves formulées par le Guatemala se réfèrent essentiellement à des règles générales de la Convention de Vienne sur le droit des traités dont beaucoup font partie du droit coutumier international. Ces réserves pourraient remettre en question des normes bien établies et acceptées au niveau universel. Le Royaume de Belgique formule dès lors une objection à ces réserves. Cette objection n'empêche pas l'entrée en vigueur de la Convention de Vienne sur le droit des traités entre le Royaume de Belgique et le Guatemala.»

„Die von Guatemala angebrachten Vorbehalte beziehen sich hauptsächlich auf allgemeine Regeln des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, von denen viele Teil des Völkergewohnheitsrechts sind. Diese Vorbehalte könnten bewährte und allgemein anerkannte Normen in Frage stellen. Das Königreich Belgien erhebt daher Einspruch gegen diese Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge zwischen dem Königreich Belgien und Guatemala nicht aus.“

Dänemark am 16. September 1998:

(Übersetzung)

“The Government of Denmark has examined the reservations made by the Government of Guatemala upon ratification of the Vienna Convention on the Law of Treaties and notes in particular that the Government of Guatemala has entered a reservation that it will apply the provisions contained in article 38 of the Convention only in cases where it considers that it would be in the national interest to do so; and furthermore a reservation with respect to article 27 of the Convention, to the effect that the article is understood to refer to the provisions of the secondary legislation of Guatemala and not [to] those of its Political Constitution,

„Die Regierung von Dänemark hat die von der Regierung von Guatemala bei der Ratifikation des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge angebrachten Vorbehalte geprüft und stellt insbesondere fest, dass die Regierung von Guatemala den Vorbehalt angebracht hat, dass sie Artikel 38 des Übereinkommens nur in den Fällen anwenden werde, in denen sie die Auffassung vertrete, dass dies im nationalen Interesse liege; sie hat außerdem einen Vorbehalt zu Artikel 27 des Übereinkommens des Inhalts angebracht, dass der Artikel dahin gehend verstanden werde, dass er sich auf die abgeleiteten Rechtsvorschriften Guatemalas beziehe und nicht

which take precedence over any law or treaty.

These reservation[s] refer to general rules of the Vienna Convention on the Law of Treaties, many of which are solidly based on customary international law. The reservations – if accepted – could call into question well-established and universally accepted norms.

It is the opinion of the Government of Denmark that the reservation[s] are not compatible with the object and purpose of the Vienna Convention on the Law of Treaties.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become Parties are respected, as to their object and purpose, by all Parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of Denmark therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Guatemala to the Vienna Convention on the Law of Treaties.

This objection does not preclude the entry into force of the Vienna Convention on the Law of Treaties between Guatemala and Denmark and will thus enter into force between Guatemala and Denmark without Guatemala benefitting from these reservations.”

Deutschland am 21. September 1998:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die in der Ratifikationsurkunde des Übereinkommens über das Recht der Verträge enthaltenen Vorbehalte der Regierung von Guatemala geprüft. Diese Vorbehalte beziehen sich fast ausschließlich auf allgemeine Regeln des Übereinkommens und viele von ihnen haben ihre solide Grundlage im Völkergewohnheitsrecht.

Die Vorbehalte könnten gut fundierte und universell anerkannte Normen des Völkerrechts in Frage stellen, insbesondere insoweit die Vorbehalte Artikel 27 und 38 des Übereinkommens betreffen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass die Vorbehalte auch Zweifel an ihrer Vereinbarkeit mit dem Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erhebt daher Einspruch gegen diese Vorbehalte.

Dieser Einspruch steht dem Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Guatemala nicht entgegen.“

Finnland am 16. September 1998:

(Übersetzung)

“These Government of Finland has examined the contents of the reservations made by the Government of Guatemala upon ratification of the said Convention.

These reservations which consist of general references to national law and which do not clearly specify the extent of the derogation from the provisions of the Convention, may create serious doubts about the Commitment of the reserving State as to the object and purpose of the Convention and may contribute to under-

auf diejenigen seiner Staatsverfassung, die Vorrang vor jedem Gesetz oder Vertrag hätten.

Diese Vorbehalt[e] beziehen sich auf allgemeine Regeln des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, von denen viele fest im Völkergewohnheitsrecht verankert sind. Die Vorbehalte – würden sie angenommen – könnten bewährte und allgemein anerkannte Normen in Frage stellen.

Die Regierung von Dänemark vertritt die Auffassung, dass die Vorbehalt[e] mit Ziel und Zweck des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge nicht vereinbar sind.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, die Gesetzesänderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um ihren Verpflichtungen aus den Verträgen nachzukommen.

Die Regierung von Dänemark erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Guatemala angebrachten Vorbehalte zu dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge zwischen Guatemala und Dänemark nicht aus; dieses wird somit zwischen Guatemala und Dänemark in Kraft treten, ohne dass Guatemala aus diesen Vorbehalten Nutzen ziehen kann.“

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt der von der Regierung von Guatemala bei der Ratifikation des genannten Übereinkommens angebrachten Vorbehalte geprüft.

Diese Vorbehalte, die aus allgemeinen Verweisen auf das innerstaatliche Recht bestehen und nicht genau bezeichnen, in welchem Umfang von den Bestimmungen des Übereinkommens abgewichen wird, können ernste Zweifel an der Verpflichtung des die Vorbehalte anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Über-

mining the basis of international treaty law. In addition, the Government of Finland considers the reservation to Article 27 of the Convention particularly problematic as it is a well-established rule of customary international law. The Government of Finland would like to recall that according to Article 19c of the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Finland therefore objects to these reservations made by the Government of Guatemala to the Vienna Convention on the Law of Treaties.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Guatemala and Finland. The Convention will thus become operative between the two States without Guatemala benefitting from these reservations."

einkommens wecken und dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Außerdem ist die Regierung von Finnland der Ansicht, dass der Vorbehalt zu Artikel 27 des Übereinkommens besonders problematisch ist, da dies eine bewährte Regel des Völkergewohnheitsrechts ist. Die Regierung von Finnland möchte daran erinnern, dass nach Artikel 19 Buchstabe c des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge ein Vorbehalt, der mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist, nicht zulässig ist.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen diese von der Regierung von Guatemala zum Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Guatemala und Finnland nicht aus. Das Übereinkommen wird somit zwischen den beiden Staaten in Kraft treten, ohne dass Guatemala aus diesen Vorbehalten Nutzen ziehen kann."

Niederlande am 14. September 1998:

(Übersetzung)

"The Government of the Kingdom of the Netherlands has examined the reservations made by the Government of Guatemala at the time of its accession to the Vienna Convention on the Law of Treaties, concluded on 23 May 1969, and with regard to the reservation of Guatemala to Article 66 of the Convention, calls attention to its objections formulated upon its accession to the above mentioned Convention on 9 April 1985.

In conformity with the terms of the objections the Kingdom of the Netherlands must be deemed to have objected to this reservation, excluding wholly or in part the procedures for the settlement of disputes, contained in article 66, as formulated by Guatemala as from the date of its accession. Accordingly, the treaty relations between the Kingdom of the Netherlands and Guatemala do not include any of the provisions contained in Part V of the Convention. The Kingdom of the Netherlands reiterates that the absence of treaty relations between it and the above-mentioned State in respect of Part V of the Convention will not in any way impair the duty of this State to fulfil any obligation embodied in those provisions to which it is subject under international law independent of the Convention.

The Guatemalan reservations refer almost exclusively to general rules of the Vienna Convention on the Law of Treaties many of which are solidly based on customary international law. The reservations could call into question well-established and universally accepted norms. The Government of the Kingdom of the Netherlands is of the view that the reservations, in

„Die Regierung des Königreichs der Niederlande hat die von der Regierung von Guatemala beim Beitritt zu dem am 23. Mai 1969 geschlossenen Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge angebrachten Vorbehalte geprüft und verweist bezüglich des Vorbehalts von Guatemala zu Artikel 66 des Übereinkommens auf ihre bei ihrem Beitritt zu dem genannten Übereinkommen am 9. April 1985 erhobenen Einsprüche.

Nach Maßgabe der Einsprüche muss das Königreich der Niederlande angesehen werden, als habe es gegen den von Guatemala im Zeitpunkt seines Beitritts angebrachten Vorbehalt, der die in Artikel 66 enthaltenen Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten ganz oder teilweise ausschließt, Einspruch erhoben. Infolgedessen beziehen die Vertragsbeziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und Guatemala keine der in Teil V des Übereinkommens enthaltenen Bestimmungen ein. Das Königreich der Niederlande betont erneut, dass das Nichtbestehen von Vertragsbeziehungen zwischen ihm und dem genannten Staat in Bezug auf Teil V des Übereinkommens die Pflicht dieses Staates in keiner Weise berührt, in jenen Bestimmungen enthaltene Verpflichtungen, denen er auch unabhängig von dem Übereinkommen aufgrund des Völkerrechts unterworfen ist, zu erfüllen.

Die guatemalteckischen Vorbehalte beziehen sich fast ausschließlich auf allgemeine Regeln des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, von denen viele fest im Völkergewohnheitsrecht verankert sind. Die Vorbehalte könnten bewährte und allgemein anerkannte Normen in Frage stellen. Die Regierung des Königreichs der Niederlande vertritt die

particular with regard to the articles 27 and 38 of the Convention, also raise doubts as to their compatibility with the object and purposes of the Convention. The Government of the Kingdom of the Netherlands therefore objects to these reservations.

The objections do not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of the Netherlands and Guatemala."

Österreich am 16. September 1998:

"Austria has examined the contents of the reservations made by Guatemala upon its ratification of the Vienna Convention on the Law of Treaties.

Austria is of the view that the Guatemalan reservations refer almost exclusively to general rules of the Vienna Convention on the Law of Treaties many of which are solidly based on international customary law. The reservations could call into question well-established and universally accepted norms. Austria is of the view that the reservations also raise doubts as to their compatibility with the object and purpose of the Vienna Convention on the Law of Treaties. Austria therefore objects to these reservations.

This objection does not preclude the entry into force of the Vienna Convention on the Law of Treaties between Austria and Guatemala."

Schweden am 16. September 1998:

"The Government of Sweden has examined the reservations made by the Government of Guatemala at the time of its ratification of the Vienna Convention on the Law of Treaties.

The Government of Sweden is of the view that these reservations raise doubts as to their compatibility with the object and purpose of the Convention. The reservations refer almost exclusively to general rules of the Vienna Convention on the Law of Treaties, many of which are solidly based on customary international law. The reservations could call into question well established and universally accepted norms.

The Government of Sweden notes in particular that the Government of Guatemala has entered a reservation that it would apply the provisions contained in article 38 of the Convention only in cases where it considered that it was in the national interest to do so; and furthermore a reservation with respect to article 27 of the Convention, to the effect that the article is understood to refer to the provisions of the secondary legislation of Guatemala and not to those of its Political Constitution, which take precedence over any law or treaty.

Auffassung, dass die Vorbehalte, insbesondere die zu den Artikeln 27 und 38 des Übereinkommens, auch Zweifel wecken, ob sie mit Ziel und Zweck des Übereinkommens vereinbar sind. Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen diese Vorbehalte.

Die Einsprüche schließen das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich der Niederlande und Guatemala nicht aus."

(Übersetzung)

„Österreich hat den Inhalt der von Guatemala bei der Ratifikation des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge angebrachten Vorbehalte geprüft.

Österreich ist der Auffassung, dass sich die guatemalteckischen Vorbehalte fast ausschließlich auf allgemeine Regeln des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge beziehen, von denen viele fest im Völkergewohnheitsrecht verankert sind. Die Vorbehalte könnten bewährte und allgemein anerkannte Normen in Frage stellen. Österreich ist der Auffassung, dass die Vorbehalte auch Zweifel wecken, ob sie mit Ziel und Zweck des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vereinbar sind. Österreich erhebt daher Einspruch gegen diese Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge zwischen Österreich und Guatemala nicht aus."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Schweden hat die von der Regierung von Guatemala bei der Ratifikation des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung von Schweden vertritt die Auffassung, dass diese Vorbehalte Zweifel wecken, ob sie mit Ziel und Zweck des Übereinkommens vereinbar sind. Die Vorbehalte beziehen sich fast ausschließlich auf allgemeine Regeln des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge, von denen viele fest im Völkergewohnheitsrecht verankert sind. Die Vorbehalte könnten bewährte und allgemein anerkannte Normen in Frage stellen.

Die Regierung von Schweden stellt insbesondere fest, dass die Regierung von Guatemala den Vorbehalt angebracht hat, dass sie Artikel 38 des Übereinkommens nur in den Fällen anwenden werde, in denen sie die Auffassung vertrete, dass dies im nationalen Interesse liege; sie hat außerdem einen Vorbehalt zu Artikel 27 des Übereinkommens des Inhalts angebracht, dass der Artikel dahin gehend verstanden werde, dass er sich auf die abgeleiteten Rechtsvorschriften Guatemalas beziehe und nicht auf diejenigen seiner Staatsverfassung, die Vorrang vor jedem Gesetz oder Vertrag hätten.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected, as to their object and purpose, by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of Sweden therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Guatemala to the Vienna Convention on the Law of Treaties.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Guatemala and Sweden. The Convention will thus become operative between the two States without Guatemala benefitting from this reservation."

Vereinigtes Königreich am 13. Oktober 1998 bei gleichzeitiger Notifizierung eines Einspruchs gegen den von Costa Rica bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalt (vgl. die Bekanntmachung vom 24. Juni 1997 – BGBl. II S. 1444):

(Übersetzung)

"The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland object to the reservation entered by the Republic of Guatemala in respect of Article 27, and wish to observe that the customary international law rule set out in that article applies to constitutional as well as to other internal laws.

The Government of the United Kingdom object also to the reservation entered by the Republic of Guatemala in respect of Article 38, by which the Republic of Guatemala seek subjective application of the rule of customary international law set out in that Article.

The Government of the United Kingdom wish to recall their declaration of 5 June 1987 (in respect of the accession of the Union of Soviet Socialist Republics), which, in accordance with its terms, applies to the reservation entered by the Republic of Guatemala in respect of Article 66 and will similarly apply to any like reservation which any other State may formulate.

Furthermore, the Government of the United Kingdom object to the reservation entered by Costa Rica in respect of Article 27 and reiterate their observation in respect of the similar reservation entered by the Republic of Guatemala."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. Juli 1999 (BGBl. II S. 654).

Bonn, den 24. September 1999

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, die Gesetzesänderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um ihren Verpflichtungen aus den Verträgen nachzukommen.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Guatemala angebrachten Vorbehalte zu dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Guatemala und Schweden nicht aus. Das Übereinkommen wird somit zwischen den beiden Staaten in Kraft treten, ohne dass Guatemala aus diesem Vorbehalt Nutzen ziehen kann."

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland erhebt Einspruch gegen den von der Republik Guatemala zu Artikel 27 angebrachten Vorbehalt und möchte feststellen, dass die in jenem Artikel enthaltene Regel des Völkerrechts für das Verfassungsrecht sowie für das sonstige innerstaatliche Recht gilt.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt auch Einspruch gegen den von der Republik Guatemala zu Artikel 38 angebrachten Vorbehalt, mit dem die Republik Guatemala versucht, die in jenem Artikel niedergelegte Regel des Völkerrechts nach eigenem Ermessen anzuwenden.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs möchte auf ihre Erklärung vom 5. Juni 1987 verweisen (bezüglich des Beitritts der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken), die auf den von der Republik Guatemala zu Artikel 66 angebrachten Vorbehalt ihrem Inhalt nach Anwendung findet und auf ähnliche von anderen Staaten gegebenenfalls angebrachten Vorbehalte gleichfalls Anwendung finden wird.

Überdies erhebt die Regierung des Vereinigten Königreichs Einspruch gegen den von Costa Rica zu Artikel 27 angebrachten Vorbehalt und wiederholt ihre Feststellung zu dem von der Republik Guatemala angebrachten ähnlichen Vorbehalt."

**Bekanntmachung
der deutsch-nepalesischen Vereinbarung
zur Änderung von Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 9. Dezember 1999

Die in Kathmandu durch Notenwechsel vom 29. Juni/13. Oktober 1999 getroffene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal zur Änderung von Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach ihrem letzten Absatz

am 13. Oktober 1999

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Dezember 1999

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Michael Bohnet

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Kathmandu, den 29. Juni 1999

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 6. Juli 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Die im Abkommen vom 6. Juli 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Seiner Majestät Regierung von Nepal über Finanzielle Zusammenarbeit in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a für das Vorhaben „Familienplanungsprogramm“ vorgesehenen Mittel in Höhe von 3 000 000,- DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark) werden für das Vorhaben „Basisgesundheitsprogramm II“ verwendet.
2. Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 6. Juli 1998 über Finanzielle Zusammenarbeit auch für diese Vereinbarung.
3. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich Seiner Majestät Regierung von Nepal mit den unter Nummern 1 bis 3 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Seiner Majestät Regierung von Nepal zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Klaus Barth

An den
Staatssekretär im Finanzministerium
Seiner Majestät Regierung von Nepal
Herrn Ram Binod Bhattarai
Kathmandu

**Bekanntmachung
der deutsch-srilankischen Vereinbarung
zur Änderung der deutsch-srilankischen Abkommen
vom 9. Mai 1980 und vom 16. Mai 1997
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 9. Dezember 1999

Die in Colombo durch Notenwechsel vom 4. August/12. August 1999 geschlossene Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka zur Änderung der Abkommen vom 9. Mai 1980 und vom 16. Mai 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit (BGBl. 1980 II S. 829, 1998 II S. 2) ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 12. August 1999

in Kraft getreten; die einleitende deutsche Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 9. Dezember 1999

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Bohnet

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Colombo, den 4. August 1999

Herr Generaldirektor,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 9. Mai 1980 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit sowie den Änderungsnotenwechsel hierzu vom 25. September/3. November 1997 und unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 16. Mai 1997 zwischen unseren beiden Regierungen über Finanzielle Zusammenarbeit folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

1. Entsprechend dem Änderungsnotenwechsel vom 25. September/3. November 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka in Nummer 2 Buchstabe a blieben aus den Zusagen im Abkommen vom 9. Mai 1980 noch 3 703 201,- DM (in Worten: drei Millionen siebenhundertdreitausendzweihunderteins Deutsche Mark) ungenutzt. Sie werden nun für das Vorhaben „National Development Bank IV“ verwendet.
2. Die im Abkommen vom 16. Mai 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka über Finanzielle Zusammenarbeit in Artikel 2 Buchstabe c genannten 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) für die Wasserversorgung in den Provinzstädten Ampara und Nawalapitiya werden wie folgt reprogrammiert:
 - 10 500 000,- DM (in Worten: zehn Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für die Wasserversorgung Nawalapitiya
 - 9 500 000,- DM (in Worten: neun Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für das Vorhaben National Development Bank IV.

3. Die Vorhaben können, falls sie nicht oder nur teilweise durchgeführt werden, in Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen durch andere Vorhaben ersetzt werden.
4. Im übrigen gelten die Bestimmungen der eingangs erwähnten Abkommen vom 9. Mai 1980 und vom 16. Mai 1997 auch für diese Vereinbarung.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka mit den unter den Nummern 1 bis 5 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Generaldirektor, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Helmut van Edig

An den Generaldirektor
Department of External Resources
Finanzministerium der
Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka
Herrn Faiz Mohideen
Colombo

**Bekanntmachung
des deutsch-ugandischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 12. Dezember 1999

Das in Kampala am 28. Oktober 1999 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Uganda über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 28. Oktober 1999

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 12. Dezember 1999

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Michael Bohnet

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Uganda
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Wasserver- und
Abwasserentsorgung Entebbe und vier weitere Vorhaben“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Uganda –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Uganda,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Uganda beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Ergebnisprotokoll der Regierungsverhandlungen vom 19. Oktober 1998 in Kampala sowie auf die Verbalnote Nr. 168/98 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kampala an das Außenministerium der Republik Uganda vom 30. Dezember 1998 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Uganda und/oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 61 500 000,- DM (in Worten: einundsechzig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Entebbe“ bis zu 35 500 000,- DM (in Worten: fünfunddreißig Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark),
- b) „Programm zur Bekämpfung sexuell übertragbarer Krankheiten/AIDS II“ bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark),
- c) „Straßenprogramm IV Ost-Uganda“ bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark),
- d) „Instandsetzung von Lokomotiven V“ bis zu 3 000 000,- DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark),
- e) „Instandsetzung von Güterwagen der Uganda Railways Corporation“ bis zu 3 000 000,- DM (in Worten: drei Millionen Deutsche Mark),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutsch-

land und der Regierung der Republik Uganda durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Uganda zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, (weitere) Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2006.

(2) Die Regierung der Republik Uganda, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Uganda stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Uganda erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Uganda überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-(gegebenenfalls: Land-) und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Der im Abkommen vom 7. Januar 1991 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Telex Vermittlungsstelle“ (Telex Exchange System) vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 4 400 000,- DM (in Worten: vier Millionen vierhundert-

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1999 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

tausend Deutsche Mark) wird mit einem Betrag von 935 495,16 DM (in Worten: neunhundertfünfunddreißigtausendvierhundertfünfundneunzig Deutsche Mark und sechzehn Pfennige) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e genannte Vorhaben „Instandsetzung von Güterwagen der Uganda Railways Corporation“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Der im Abkommen vom 11. April 1997 über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Reintegration demobilisierter Soldaten II“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von

4 000 000,– DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark) wird mit dem gesamten Betrag reprogrammiert und ebenfalls zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e genannte Vorhaben „Instandsetzung von Güterwagen der Uganda Railways Corporation“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Kampala am 28. Oktober 1999 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Klaus Holderbaum

Für die Regierung der Republik Uganda
Kategaya